

REDEMANUSKRIPT

(es gilt das gesprochene Wort)

Reiner Hoffmann

Kurzrede

des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann zur Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Sachsenhausen anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung vom Deutschen Faschismus am 8. Mai 2020

Heute vor 75 Jahren endete mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht die selbstverschuldete Unmündigkeit der Deutschen – und mit ihr die soziale und kulturelle Unterdrückung, die von der nationalsozialistischen Diktatur über die Welt gebracht worden ist.

Vor allem aber bedeutet der 8. Mai 1945 das Ende eines sechsjährigen Angriffs- und Vernichtungskrieges mit über 60 Millionen Toten, einer zwölfjährigen Gewalt- und Terrorherrschaft und des in der Menschheitsgeschichte einmaligen industriellen Massenmordes an den europäischen Juden. Am 8. Mai 1945 endete auch die Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma, Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern, Kriegsgefangenen, politisch und religiös Andersdenkenden, von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung, und von als „asozial“, psychisch oder physisch „krank“ stigmatisierten Menschen sowie von sogenannten „Berufsverbrechern“.

Auch in einer Krisenzeit wie dieser, in der die Corona-Pandemie allgegenwärtig ist und es tagtäglich um die aktuellsten Infektions- und Todeszahlen geht, in einer Zeit, in der es tagtäglich um die wachsenden existentiellen Sorgen vieler Menschen in unserem Land geht, gilt es inne zu halten und zu erinnern. Inne zu halten und zu erinnern an diejenigen Menschen, die auf vielfältige Weise versucht haben, Widerstand gegen ein totalitäres Regime zu leisten, und dies mit Verfolgung, Folter, Ermordung oder Exil bezahlen mussten.

Es gilt inne zu halten und zu erinnern an die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die ihren Einsatz für eine soziale Demokratie und gegen die menschenverachtende, mörderische Politik des nationalsozialistischen Terrorstaates mit ihrem Leben bezahlen mussten.

Hier in der Gedenkstätte Sachsenhausen erinnern wir daran, dass während der nationalsozialistischen Diktatur tausende Gewerkschaftsmitglieder in Zuchthäuser und Konzentrationslager gesperrt, gefoltert, ermordet, in den Tod und in die Emigration getrieben worden sind.

Ihr Leben ist uns Zeugnis einer demokratisch ethischen Grundhaltung, die uns mit Achtung und Demut erfüllt. Auch mehrfache Verhaftungen, Gewalterfahrungen, Schikanen und ständige Todesdrohungen konnten sie nicht davon abhalten, für ihre Überzeugungen und Werte einzutreten. Für Werte, die auch heute noch für uns handlungsleitend sind: Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität.

Das widerständige Handeln dieser Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist für uns nicht nur Mahnung, nicht nur Vermächtnis. Es ist für uns vor allem auch Verpflichtung, gegen rechtsextremistisches Denken und Handeln aufzustehen – gerade in einer politischen Situation, in der Rechtspopulisten und -extremisten in den Parlamenten sitzen und Rechtsradikale Morde begehen, Anschläge verüben und Todesdrohungen gegen Politikerinnen und Politiker aussprechen. Es ist für uns Verpflichtung, dass die Erinnerung an diese Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, an ihren Mut, ihre Unbeugsamkeit und an ihren aufrechten Gang auch in den kommenden Generationen weiterlebt.

Es ist für uns Verpflichtung, daran zu erinnern, dass die Frauen und Männer, die wegen ihrer gewerkschaftlichen Überzeugungen von den Nationalsozialisten gefoltert und umgebracht worden sind, die Grundlagen für unser heutiges Selbstverständnis als Gewerkschaften und für die Gestaltung einer sozialen Demokratie geschaffen haben. Ihnen haben wir die Gründung der Einheitsgewerkschaft und mit ihr die Säulen des Sozialstaates zu verdanken: die sozialen Sicherungssysteme, die Tarifautonomie und die Mitbestimmung.

In diesem Sinne lasst uns nun schweigend an sie gedenken!